

16.09.2021

Niederschrift 005/2021

Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz

am 23.08.2021 | Hellweg Berufskolleg | Platanenallee 18 | 59425 UnnaAula |

Beginn 16:00 Uhr

Ende 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Marion Küpper

Kreistagsmitglieder SPD

Herr Jens Hebebrand

Herr Sascha Alexander Kudella

Frau Sabine Lutz-Kunz

Frau Bettina Schwab-Losbrodt

Herr Uwe Zühlke

Sachkundige Bürgerin SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Martina Plath

Frau Ursula Schmidt

Frau Vera Volkmann

Herr Hubert Hüppe

Vertretung für Frau Annika Brauksiepe
anwesend bis 18:50 Uhr

Sachkundiger Bürger CDU

Herr Frank Markowski

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Frau Stephanie Schmidt

Herr Herbert Goldmann

Vertretung für Herrn Emanuel Wiggerich

Sachkundige Bürgerin FDP

Frau Astrid Partmann

Kreistagsmitglied DIE LINKE - UWG-Selm

Frau Katja Wohlgemuth

Vertretung für Herrn Klaus Steenbock

Kreistagsmitglied GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Verwaltung

Herr Landrat Mario Löhr

anwesend bis 17:25 Uhr

Herr Uwe Hasche, Dezernent für Gesundheit und Verbraucherschutz

Frau Silke Schmücker, Schriftführerin | Büro LK

Gäste

Herr Dr. Harald Lopotz, Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Ruhr-Lippe

Herr Heinz-Wilhelm Büscher, Geschäftsführer Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e.V., Kreisverband Ruhr-Lippe

Herr Hans-Heinrich Wortmann, Vorsitzender Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e.V., Kreisverband Ruhr-Lippe

Abwesend:

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annika Brauksiepe

Kreistagsmitglieder GRÜNE im Kreistag

Herr Emanuel Wiggerich

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE - UWG-Selm

Herr Klaus Steenbock

Frau Küpper begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie stellt kurz die geladenen Referenten vor und teilt mit, dass Herr Mülln von der SOKO Tierschutz, der ebenfalls eingeladen worden sei, seine Teilnahme aus gesundheitlichen Gründen abgesagt habe. Anwesend sei neben dem Dezerenten Herrn Hasche auch Herr Landrat Löhr, um Fragen der Ausschussmitglieder zu den Hintergründen des Tierschutzskandals um die Firma Mecke zu beantworten.

Das Protokoll der letzten Ausschusssitzung sei ihr zugesandt worden; sie habe es aber leider im Posteingang übersehen. Sie werde die Freigabe zeitnah nachholen.

Frau Küpper weist auf die bestehenden Corona-Vorschriften während der Sitzung hin und bittet um deren Einhaltung.

Sie weist außerdem darauf hin, dass Foto- und Filmaufnahmen sowie Mitschnitte der Sitzung der ausdrücklichen Genehmigung des Ausschusses unterlägen. Interesse an entsprechenden Aufnahmen wird nicht geäußert.

Frau Küpper teilt sodann mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 12.08.2021 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Frau Küpper einleitend aus, dass es bedauerlicherweise kurz hintereinander zwei Tierschutzskandale im Kreis Unna gegeben habe. Die politischen Vertreter des Kreises und ebenso die Verwaltung hätten großes Interesse an der Aufklärung. Es stelle sich die Frage, was man hätte tun können oder müssen, um diese Skandale zu verhindern, und wo genau die Verantwortung dafür liege. In diese Betrachtung müsse man beispielsweise auch das Ministerium einbeziehen. Sicherlich seien sich alle Anwesenden in der Sache einig, dass solche Dinge, die unwürdig und unbeschreiblich seien, nicht vorkommen dürften.

Herr Prof. Hofnagel schlägt vor, die Berichte der Gäste in der Tagesordnung vorzuziehen. Nach Gegenrede von Herrn Kudella zieht Herr Prof. Hofnagel den Antrag zurück.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich somit nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Angelegenheiten des Sachgebietes 53.7 - Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung
- Punkt 2.1** 155/21 Bericht zum Vollzug und zur Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/625 (EU-Kontrollverordnung) und anderer unions-, bundes- und landesrechtlicher Vorschriften;
Berichterstatter: Landrat Mario Löhr | Dezernent Uwe Hasche
- Punkt 2.2** 085/21/1 Erstellung eines jährlichen Tierschutzberichtes über die Situation in den Schlacht-, Tiertransport- und Tierhaltungsbetrieben des Kreises Unna; Antrag der Fraktion DIE LINKE - UWG Selm vom 23.04.2021
- Punkt 2.3** 117/21/1 Veterinärmedizinische Aufsicht und Kontrolle von Betrieben zur Aufzucht, zum Transport und zur Schlachtung von Nutztieren im Kreisgebiet Unna; Anfragen der Fraktion GFL + WfU vom 21.05.2021
- Punkt 2.4** 142/21 Behördlicher Tierschutz im Kreis Unna;
Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 28.07.2021
- Punkt 2.5** Aufklärung und Ableitung von organisatorischen und personellen Konsequenzen bezüglich der jüngsten Tierschutzskandale im Kreisgebiet Unna;
Anträge und Anfragen der Fraktion GFL+WfU
- Punkt 2.5.1** 154/21 Anträge und Anfragen der Fraktion GFL + WfU vom 06.08.2021
- Punkt 2.5.2** 168/21 Anfragen der Fraktion GFL+WfU vom 19.08.2021
- Punkt 2.6** Verstoß gegen den Tierschutz in einer Viehsammelstelle in Werne;
Anfragen der CDU-Fraktion
- Punkt 2.6.1** 159/21 Anfragen der CDU-Fraktion vom 17.08.2021
- Punkt 2.6.2** 162/21 Anfragen der CDU-Fraktion vom 19.08.2021
- Punkt 2.7** Veterinärwesen und ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft aus Sicht der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Berichterstatter: Vertreter der Kreisstelle Ruhr-Lippe
- Punkt 2.8** Veterinärwesen und ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft aus Sicht des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes e.V.;
Berichterstatter: Vertreter des Kreisverbandes Ruhr-Lippe

Punkt 2.9 Recherche-Ergebnisse der SOKO Tierschutz e.V. zu Vorgängen in einem Schlachtbetrieb in Selm und einer Viehsammelstelle in Werne;
Berichterstatter: Vertreter der SOKO Tierschutz e.V.

Punkt 3 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Punkt 3.1 Corona-Fallzahlenentwicklung

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 4 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 Angelegenheiten des Sachgebietes 53.7 - Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Erörterung

Punkt 2.1 155/21 Bericht zum Vollzug und zur Umsetzung der Verordnung (EU) 2017/625 (EU-Kontrollverordnung) und anderer unions-, bundes- und landesrechtlicher Vorschriften;
Berichterstatter: Landrat Mario Löhr | Dezernent Uwe Hasche

Erörterung

Herr Landrat Löhr begrüßt die Anwesenden und erläutert, dass er gerne die Gelegenheit nutze, um zu den Vorfällen um den Schlachthof Mecke Stellung zu beziehen und Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten.

Er unterstreicht persönlich und im Namen der gesamten Verwaltung das Entsetzen und den Schock angesichts der Berichterstattung und des Videomaterials. Er habe sich nicht vorstellen können, derartige Bilder aus einem Betrieb im Kreis Unna zu sehen. Man könne nur hoffen, dass die Berichterstattung zu einer noch höheren Sensibilität führe. Er warne aber ausdrücklich davor, alle Betriebe in einen Topf zu werfen, denn es gebe viele Betriebe, die den Tierschutz genauestens beachteten. Verbraucher könnten durch ihr Kaufverhalten diese Betriebe unterstützen.

Herr Landrat Löhr geht kurz auf die Situation zu seinem Amtsantritt ein und begründet, warum man in den Haushalts- und Stellenplanberatungen 2021 die seitens der GFL+WfU beantragte Einrichtung einer zusätzlichen Stelle noch nicht für sinnvoll erachtet habe. Zu diesem Zeitpunkt seien bereits umfassende gesetzliche Änderungen angekündigt gewesen, auf die man mit einem Gesamtkonzept habe reagieren wollen. Dieses Konzept sehe nun vor, deutlich mehr als die gesetzlich notwendigen 9-10 Stellen vorzusehen. Die Veterinär-

behörde müsse künftig so aufgestellt sein, dass sie jederzeit die Möglichkeit habe, Betriebe auch unangekündigt zu kontrollieren. Daher werde er vorschlagen, 14 neue Stellen für diesen Bereich einzurichten.

Herr Landrat Löhr unterstreicht, er habe sich vergewissert, dass keinerlei Fehlverhalten der Beschäftigten der Veterinärbehörde vorliege. Mit dem zusätzlichen Personal über den gesetzlichen Bedarf hinaus könne man künftig Kontrollen bei jedem Anfangsverdacht durchführen. Jedoch müsse man sich darüber im Klaren sein, dass man kriminelle Energie kaum aufhalten könne. So seien bei den Abfertigungskontrollen in der Viehsammelstelle die katastrophalen Zustände dort nicht offenbar geworden. Daher sei er ausdrücklich dankbar dafür, dass die SOKO Tierschutz diese Zustände aufgedeckt habe, auch, wenn sie nicht rechtskonform an die Daten gelangt sei. Er hätte sich allerdings gewünscht, dass auch dem Kreis das Material zur Verfügung gestellt worden wäre, sodass man noch früher hätte reagieren können.

Er wäre gern mit den Erkenntnissen und Konsequenzen früher an die Öffentlichkeit gegangen. Man habe sich jedoch in enger Abstimmung mit dem LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) und dem Landesumweltministerium sowie Polizei und Staatsanwaltschaft dazu entschieden, mit der Pressekonferenz zu warten, um den Ermittlungserfolg nicht zu gefährden. Die nun angeordnete Betriebsschließung sei auf diese Zusammenarbeit zurückzuführen.

Herr Hasche erinnert daran, dass man sich im Juni bereits auf eine Schwerpunktsitzung verständigt habe. Ursprünglich sei zusätzlich zur vorliegenden Drucksache ein begleitender Power-Point-Vortrag der Sachgebietsleiterin Frau Dr. Dirksen zur Erläuterung der Arbeit des Sachgebiets Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung geplant gewesen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen habe man jedoch darauf verzichtet. Die Drucksache beschreibe die Arbeit des Sachgebietes detailliert.

Herr Hasche unterstreicht ergänzend zu den Ausführungen des Landrates, dass der Umfang des Mehrbedarfs an Stellen für die angekündigten rechtlichen Änderungen der Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe und der Schlachtbetriebe während der Haushaltsplanberatungen im Februar 2021 noch nicht klar gewesen sei. Man sei hier im Bereich der Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung tätig, das heißt, man nehme die Aufgaben im Auftrag und auf Weisung des Landes wahr. Inzwischen lägen die neuen Konzepte des Landes weitgehend vor, jedoch fehlten noch Details und insbesondere im Bereich der landwirtschaftlichen Betriebe auch Erfahrungswerte.

Herr Hasche erläutert sodann die in der Drucksache dargestellten Änderungen der künftigen Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Überwachung der Schlachtbetriebe und der landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht er auf die entsprechenden Personalbedarfe ein.

Aufgrund der Vorfälle um die Firmen Prott und Mecke sei der Landrat in die Offensive gegangen und werde den durch die Gesetzesänderungen notwendigen Organisations- und Personalentwicklungsprozess deutlich beschleunigen. Man wolle schnellstmöglich und stringent die vorgesehenen Landeskonzepte umsetzen. Dies sei man sowohl den Betrieben, als auch insbesondere den Verbrauchern im Kreis Unna schuldig.

Er habe in mehreren Gesprächsrunden bereits unterstrichen, dass der Personalkörper in der Veterinärbehörde bislang knapp ausgereicht habe, um den gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Krankheitsbedingte Ausfälle oder Personalknappheit durch unbesetzte Stellen habe man nur schwer kompensieren können. Für 2022 werde man ausreichend Personal anfordern, damit man dauerhaft den Anforderungen nachkommen und Engpässe ausgleichen könne.

Neben den errechneten 9,57 Stellen für die notwendige auskömmliche Aufgabenerfüllung sei es Wunsch des Landrates, zusätzliche Stellen einzurichten, um künftig auch außerhalb der gesetzlich festgelegten Intervalle Kontrollen durchführen zu können, sowohl aufgrund von Anfangsverdachtsmomenten, als auch anlasslose Inspektionen. Die Kontrollen und die erforderlichen Dokumentationen seien aufwändig. Der notwendige Personalbedarf sei produktscharf in die Drucksache eingearbeitet worden. Insgesamt ergebe sich ein Bedarf von 14 zusätzlichen Stellen.

Seit dem 13.08.2021 seien bereits zwei Tierarztstellen zur Unterstützung der Schlachttieruntersuchungen sowie für den allgemeinen Tierschutz außerhalb von Betrieben ausgeschrieben. Letztere Stelle solle auch produktübergreifend tätig sein, um Spitzenbedarfe abfedern zu können. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2022 werde man versuchen, drei weitere Tierärztinnen/Tierärzte oder zwei Tierärzte und eine(n) Fachassistent*in zur Unterstützung in den Schlachtbetrieben einzustellen.

Bezogen auf die Vorgänge um die Schlachtbetriebe Mecke und Prott erklärt Herr Hasche, dass die Veterinärbehörde ihren Kontrollverpflichtungen nachgekommen sei. Zusätzliche Kontrollen zu den vorgeschriebenen habe man kaum leisten können. Die Firma Mecke habe beispielsweise aufgrund der Risikoeinstufung zweimal jährlich vom Kreis kontrolliert werden müssen; die Firma Prott nur einmal. Jedoch sei schlagartig für die vorgeschriebenen Schlachttier- und Fleischuntersuchungen ein Tierarzt anwesend gewesen. Er hoffe, so Herr Hasche, dass die polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ergeben würden, mit welcher kriminellen Energie systematisch die Kontrollen des Kreises, umgangen, hintergangen und ausgehebelt worden seien.

Im Fall Mecke dauere die Auswertung des Videomaterials noch an, und auch im Fall Prott liefen nach wie vor die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Die Zurückhaltung des Kreises liege, wie von Herrn Landrat Löhr bereits ausgeführt, darin begründet, diese Ermittlungen nicht zu gefährden. Er bitte daher auch um Verständnis, falls er vor diesem Hintergrund möglicherweise nicht alle Fragen beantworten könne.

Es schließt sich ein ausführlicher Austausch an. Zu Beginn jeder Wortmeldung bringen die Redner der Fraktionen ihr Entsetzen und ihre Fassungslosigkeit angesichts der Tierschutzskandale in Selm und Werne zum Ausdruck.

Herr Kudella erklärt, die SPD-Fraktion habe bereits Anfang August gefordert, dass alles um die skandalösen Vorfälle herum aufgeklärt werden müsse, zum Schutz der Tiere ebenso wie zum Schutz der Verbraucher. Man müsse Konsequenzen daraus ziehen. Das gelte für den Kreis Unna, aber auch für die Vorgaben des Bundes und des Landes. Hier sei auf allen Ebenen ein Handeln erforderlich. Bedauerlicherweise kämen solche Skandale in allen Bundesländern vor.

Die SPD-Fraktion spreche sich aber deutlich gegen die Forderung aus, gegen einzelne Beschäftigte der Verwaltung vorzugehen. Man sehe keinen Offenbarungseid der zuständigen Fachverwaltung. Der Bericht von Herrn Hasche habe bestätigt, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Ermittlungsbehörden alles daran setze, die Vorfälle aufzuklären. Die Informationen über die Vorkommnisse hätten offensichtlich außerhalb der Verwaltung schon länger vorgelegen, und er hätte sich gewünscht, wie auch schon von Herrn Hasche ausgeführt, dass die Verantwortlichen des Kreises früher informiert worden wären, um im Sinne des Tierschutzes tätig werden zu können. Es sei jedoch gut, dass die Vorkommnisse aufgedeckt worden seien und nun an der Aufklärung gearbeitet werde.

Der Kreistag und der Ausschuss hätten aber auch eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern der Verwaltung. Er würde sich sehr wünschen, dass man die Vorfälle möglichst sachlich diskutiere und nicht ohne Kenntnis der Sachlage plump Konsequenzen und Köpfe fordere.

Für die Fraktion GRÜNE im Kreistag unterstreicht Frau Schmidt, es sei Aufgabe der Menschen, Tiere zu schützen und ihnen eine artgerechte Lebensweise zu ermöglichen. Dies sei in den beiden Betrieben in Selm und Werne nicht passiert. Sie danke der SOKO Tierschutz ausdrücklich für die Aufdeckung der Zustände. Die Berichte lägen der Öffentlichkeit seit nunmehr vier Wochen vor, und sie finde es traurig, dass trotzdem noch teilweise Auskünfte nicht möglich seien. Auch wolle sie kritisieren, dass die Politik nicht mitgenommen worden sei. Man habe vielmehr den Eindruck gewonnen, es werde gemauert, verharmlost und immer nur insoweit informiert, wie die SOKO Tierschutz aufgedeckt habe. Ihre Fraktion hätte sich eine frühzeitigere

Beteiligung gewünscht. Es sei Aufgabe der Politik, die Verwaltung zu kontrollieren, und man sei überdies zur Verschwiegenheit verpflichtet. Vor diesem Hintergrund hätte sie einen vertrauensvolleren Umgang miteinander erwartet.

Der Bericht des LANUV komme zwar zu dem Ergebnis, dass die Veterinärbehörde ihren Kontrollverpflichtungen ausreichend nachgekommen sei. Hier habe man jedoch noch Luft nach oben.

Sie bittet um Mitteilung, wann Frau Dr. Dirksen über die Arbeit des Sachgebietes 53.7 im Ausschuss berichten werde.

Für die CDU-Fraktion betont Frau Plath die Bedeutung einer lückenlosen Aufklärung der Vorfälle. Ganz wichtig sei zudem künftig die Prävention. Der Tierschutzbericht, über den nachfolgend noch diskutiert werde, und die geplante Aufstockung der Stellen würden dazu hoffentlich beitragen. Auch sie bringt ihr Bedauern zum Ausdruck, dass nicht früher eine Anzeige der Vorfälle bei den Behörden erfolgt sei.

Sie bittet um Mitteilung, in welchem Zeitraum die Aufnahmen der SOKO Tierschutz erfolgt seien. Herr Hasche sagt zu, diese Information nachzureichen (Protokollnotiz: 20.05.-16.07.2021).

Für die Fraktion GFL+WfU unterstreicht Herr Prof. Hofnagel den Wunsch, die Kontrollen und die Aufsichtstätigkeit des Kreises zu verbessern. Seine Fraktion werfe nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe und Nutztierhalter in einen Topf. Man müsse sich aber jetzt um die „schwarzen Schafe“ kümmern. Er widerspreche Herrn Landrat Löhr insoweit, dass man gerade dort gefordert sei, wo kriminelle Energie im Spiel sei. Hier brauche man eine schlagkräftige Truppe mit guten Fachkräften. Seine Fraktion sehe genau hier die Ansatzpunkte, zum Beispiel in Form von wesentlich mehr unangekündigten Kontrollen.

Zur Frage, warum die Behörde keine Hinweise aus der Bürgerschaft erhalten habe, könne er sich nur vorstellen, dass es eine Hemmschwelle gebe, was sicherlich traurig sei. Er regt an, eine transparente Möglichkeit für Meldungen von Verstößen gegen den Tierschutz zu schaffen.

Mit Bezug auf die Wortmeldung von Herrn Kudella wolle er klarstellen, dass die Forderung nach personellen Konsequenzen nicht notwendigerweise Entlassungen bedeuten müssten. Dazu gehöre auch, dass Personal aufgestockt werde. Zudem habe seine Fraktion den Landrat gebeten, zu überlegen, diejenigen Personen, die für die beiden Tierschutzverstöße die Führungsverantwortung zu tragen hätten, bis zur Aufklärung der Sachverhalte freizustellen. Dies sei keine Vorverurteilung, sondern ein übliches Vorgehen bei solchen Vorfällen.

Vor dem Hintergrund der Feststellung, dass der Kreis seinen Kontrollverpflichtungen nachgekommen sei, kritisiert Herr Prof. Hofnagel die bisherigen Kontrollintervalle von 14 Jahren für landwirtschaftliche Betriebe. Er bittet um Auskunft bezüglich der vorgeschriebenen Intervalle, die seiner Meinung nach drei Jahre betragen. Vor diesem Hintergrund hätte bereits im Februar bekannt sein müssen, dass ein Stellenbedarf bestehe. Die von GFL+WfU beantragte Stelleneinrichtung habe die Verwaltung jedoch zu diesem Zeitpunkt für nicht notwendig erachtet. Ebenso sei auch bereits im Februar bekannt gewesen, dass pandemiebedingt Personal in anderen Bereichen des Gesundheitsamtes eingesetzt werden müsse. Auch hieraus hätte sich ein Stellenbedarf ergeben. Hier habe man wertvolle Zeit verschenkt.

Herr Goldmann dankt Herrn Prof. Hofnagel für die Klarstellung der Forderung seiner Fraktion nach personellen Konsequenzen. Die Anwesenden seien sich sicherlich alle über den akuten Handlungsbedarf einig. Verwaltung, Verwaltungsleitung und Politik seien gut beraten, in dieser Frage an einem Strang zu ziehen. Es gehe nicht nur um Aufklärung, sondern auch um die entscheidende Frage, die der Landrat bereits im letzten Kreistag formuliert habe, ob man die Vorfälle hätte verhindern können. Spätestens nach den Vorkommnissen in Selm sei klar gewesen, dass insbesondere die Fachverwaltung gefordert gewesen sei, etwaige Defizite aufzuzeigen. Es reiche nicht aus, sich auf die Erfüllung der landesbehördlichen Vorgaben zurückzuziehen. Am 25.08.2021 tagte der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz des Landes

Nordrhein-Westfalen, und die Ministerin komme in ihrem Bericht zu der Einschätzung, dass die behördlichen Überwachungsinstrumente offenbar nicht ausreichend gewesen seien. Die Ausführungen von Herrn Hasche hätten verdeutlicht, dass dies auch der Verwaltung bekannt gewesen sei. Das sei nicht verwunderlich, denn die landesweit geführte Diskussion habe letztlich auch verdeutlicht, dass mehr oder weniger alle Veterinärämter in Nordrhein-Westfalen aus einer unzureichenden Position heraus versucht hätten, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Er habe den Äußerungen des Landrates und des Dezernenten entnommen, dass es ihnen sehr ernst sei, durch die Stelleneinrichtungen spätestens im kommenden Haushaltsjahr dramatische Veränderungen in diesem Bereich herbeizuführen. Dies sei dringend geboten und werde seitens der Politik sicherlich fraktionsübergreifend unterstützt.

Auch Herr Hebebrand begrüßt die zeitnah geplante Stellenaufstockung. Die Forderung von Prof. Hofnagel nach Freistellung von Beschäftigten gehe ihm zu weit. Vielmehr sollten die Beschäftigten der Veterinärbehörde weiter zur Aufklärung der Vorfälle beitragen.

Herr Kudella unterstützt diese Äußerung. Eine Freistellung käme einer zumindest empfundenen Bestrafung gleich und wäre das absolut falsche Zeichen für die Beschäftigten, gerade in verantwortlicher Position, die sich nach seinem Kenntnisstand nichts hätten zuschulden kommen lassen. Er glaube auch nicht, dass man den Antrag der GFL+WfU anders verstehen könnte. Die SPD-Fraktion werde eine solche Forderung jedenfalls nicht mittragen.

Herr Landrat Löhr stellt zusammenfassend fest, dass man sich über die Zielsetzung einig sei. Die bisherigen Vorgaben seien nicht ausreichend gewesen. Nun wolle man die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen schnellstmöglich umsetzen bzw. mit insgesamt 14 Stellen, wie beschrieben, darüber hinausgehen. Den Wortbeiträgen entnehme er eine breite politische Unterstützung für dieses Vorhaben, wofür er sich bedanke.

Herr Prof. Hofnagel merkt an, aus seiner Sicht widersprüchen sich die Aussagen der SPD-Fraktion, einerseits keine personellen Konsequenzen aus den Fällen ziehen, andererseits die Vorfälle aufarbeiten zu wollen. Er begründet erneut die Forderung seiner Fraktion nach Freistellung der Führungsverantwortlichen, was ein absolut übliches Vorgehen sei. Auch die CDU-Fraktion habe die Aufarbeitung mit externem Sachverstand gefordert. Das Ergebnis sollte zunächst abgewartet werden, bevor man Konsequenzen für die Führungspersonen bereits ausschließe. Das lasse aus seiner Sicht vermuten, dass die SPD-Fraktion nicht ernsthaft an einer Aufklärung interessiert sei.

Herr Kudella stellt klar, dass die SPD-Fraktion die geplante Stellenaufstockung befürworte und sich lediglich gegen vorschnelle negative personelle Konsequenzen richte, da diese ein falsches Bild gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern senden würde.

Frau Küpper erklärt, ihr reiche der schriftliche Bericht ebenfalls nicht aus.

Sie appelliert an alle, ihre Verantwortung wahrzunehmen und auf die Herkunft der Lebensmittel zu achten und Tieren mit Wertschätzung zu begegnen.

Herr Hasche beantwortet die im Laufe der Diskussion gestellten Fragen und nimmt zu einigen Wortmeldungen Stellung:

- Wann der Bericht von Frau Dr. Dirksen nachgeholt werde, müsse noch geklärt werden.
- Er könne im Moment auf keine Kraft im Veterinärbereich verzichten, auch nicht auf Führungspersonal.

- Die Auswertung des Videomaterials erfolge in Zusammenarbeit mit der Polizei und sei kompliziert, weil es um eine Vielzahl von Details gehe, die letztlich zweifelsfrei in veterinärmedizinischer und veterinärrechtlicher Hinsicht oder auch auf strafrechtliche Relevanz geprüft werden müssten. Für diese Aufgabe müssten Überstunden und Wochenendarbeit geleistet werden, da parallel auch das normale Tagesgeschäft weiterlaufe. Daher könne er den Prozess nicht noch stärker beschleunigen. Hier gehe Gewissenhaftigkeit vor Schnelligkeit.
- Nach seinen Informationen habe bis zur Vorlage des neuen Konzeptes der Kontrollen nach der Integrierten Risikobewertung der Landwirtschaft keine verbindlichen Kontrollintervalle gegeben. Er sagt eine Überprüfung zu.

Da Herr Landrat Löhr wegen eines Anschlusstermins die Sitzung verlassen muss, weist er bereits an dieser Stelle darauf hin, dass die Anträge der GFL+WfU in der Drucksache 154/21 (Tagesordnungspunkt 2.5), nicht als Auftrag, sondern als Empfehlungen formuliert werden müssten, wenn sie rechtskonform sein sollten. Er werde einer solchen Empfehlung, wenn sie beschlossen werde, folgen.

Um 17:25 Uhr unterbricht Frau Küpper die Sitzung für eine Pause.
Die Beratungen werden um 17:44 fortgesetzt

Punkt 2.2 085/21/1 Erstellung eines jährlichen Tierschutzberichtes über die Situation in den Schlacht-, Tiertransport- und Tierhaltungsbetrieben des Kreises Unna; Antrag der Fraktion DIE LINKE - UWG Selm vom 23.04.2021

Erörterung

Frau Wohlgemuth begründet für die Fraktion DIE Linke/UWG-Selm kurz den Antrag, dessen Notwendigkeit sich erschließe.

Es sei aus der vorangegangenen Diskussion deutlich geworden, dass die Verwaltung am Rande des Möglichen gearbeitet habe, in der Corona-Zeit wahrscheinlich darüber hinaus. Daher sei die angekündigte Stelenaufstockung dringend notwendig und werde von ihrer Fraktion ausdrücklich befürwortet. Sie begrüße auch die Anträge, das Thema weiterhin im Ausschuss aufzugreifen.

Bezüglich des Antrags ihrer Fraktion gebe es das Angebot, einen mündlichen Bericht zu halten. Sie halte einen Bericht in Schriftform für sinnvoller.

Für die SPD-Fraktion unterstützt Herr Kudella den Antrag und bittet ebenfalls um einen Bericht in Schriftform.

Für die Fraktion GRÜNE im Kreistag erklärt Frau Schmidt, die reine Auflistung von Kennzahlen reiche nicht aus. Unter Berücksichtigung des Datenschutzes sollte anonymisiert auch über die Ordnungswidrigkeiten berichtet werden.

Herr Hasche sagt zu, den Bericht wie vom Ausschuss gewünscht zu gestalten. Er schlägt vor, jeweils im 2. Quartal eines jeden Jahres den Tierschutzbericht des Vorjahres mit allen Zahlen, Daten und Fakten vorzulegen und diesen mit einer begleitenden Power-Point-Präsentation im Ausschuss zu präsentieren.

Frau Küpper stellt ergänzend klar, dass man sich derzeit anlassbezogen mit der Aufarbeitung des laufenden Jahres befasse. Den ersten schriftlichen Bericht erwarte man im 2. Quartal 2022.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Es wird ein aktueller schriftlicher Tierschutzbericht über die Situation in den Schlacht-, Transport- und Tierhaltungsbetrieben (Massentierhaltung) des Kreises Unna erstellt. Der Bericht wird jährlich fortgeschrieben und jeweils im 2. Quartal mit einer begleitenden Präsentation im zuständigen Fachausschuss vorgetragen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2.3 117/21/1 Veterinärmedizinische Aufsicht und Kontrolle von Betrieben zur Aufzucht, zum Transport und zur Schlachtung von Nutztieren im Kreisgebiet Unna; Anfragen der Fraktion GFL + WfU vom 21.05.2021

Erörterung

Frau Küpper weist darauf hin, dass die Anfragen am Vormittag durch Herrn Hasche bereits schriftlich beantwortet worden seien (siehe Anlage zur Drucksache).

Auf ihre Bitte hin trägt Herr Hasche den Ausschussmitgliedern die Fragen und Antworten vor. Das Antwortschreiben ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Punkt 2.4 142/21 Behördlicher Tierschutz im Kreis Unna; Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion GRÜNE im Kreistag vom 28.07.2021

Erörterung

Frau Küpper weist darauf hin, dass sie den Punkt formal als Aufnahmeverlangen mit auf die Tagesordnung genommen habe, das Thema aber ohnehin der als Schwerpunkt der Sitzung geplant gewesen sei.

Herr Goldmann erklärt, da der Punkt in der Sitzung ausführlich thematisiert und diskutiert werde, sei dem TOP-Aufnahmeverlangen nachgekommen worden.

Punkt 2.5 Aufklärung und Ableitung von organisatorischen und personellen Konsequenzen bezüglich der jüngsten Tierschutzskandale im Kreisgebiet Unna; Anträge und Anfragen der Fraktion GFL+WfU

Punkt 2.5.1 154/21 Anträge und Anfragen der Fraktion GFL + WfU vom 06.08.2021

Erörterung

Frau Küpper bezieht sich auf das Schreiben der Fraktion GFL+WfU vom 06.08.2021 (Anlage zur DS 154/21) und geht die einzelnen Punkte durch.

- a) Der Anregung, den Vorsitzenden der SOKO Tierschutz zur heutigen Ausschusssitzung einzuladen, sei sie gefolgt. Leider habe Herr Mülln seine Teilnahme für heute abgesagt.
- b) Der Anregung, eine Sondersitzung des Ausschusses einzuberufen, werde sie gern folgen, da sie Herrn Mülln weiterhin die Gelegenheit geben wolle, vor dem Ausschuss zu sprechen. Zudem biete eine weitere

Sitzung die Gelegenheit, noch einmal zeitnah zusammenzukommen und gegebenenfalls weitere Fragen zu klären.

- c) Bezüglich der Anträge habe Herr Landrat Löhr gerade ausgeführt, dass der Ausschuss keine Beauftragung beschließen könne, da er damit in die Organisationshoheit des Landrates eingreifen würde. Möglich sei, eine Empfehlung an den Landrat zu beschließen. Herr Löhr habe bereits signalisiert, dass er einer entsprechenden Empfehlung des Ausschusses folgen werde.

Herr Prof. Hofnagel begründet die Anträge. Man wolle die Expertise der Tierschutzverbände nutzen, um sich für die Zukunft besser aufzustellen. Seiner Fraktion gehe es sowohl um die Aufarbeitung, als auch um den Blick nach vorn. Er erklärt sich mit einer Umformulierung als Empfehlung einverstanden.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Kudella, mit der Umformulierung werde man die Anträge mittragen. Er schlage eine Ergänzung der Ziffer 2 dahingehend vor, dass die Politik ebenfalls bereits bei der Erstellung des Konzeptes einbezogen werde.

Für die CDU-Fraktion erklärt Frau Plath, man werde den als Empfehlungen formulierten Anträgen ebenfalls zustimmen. Sie schlage eine Ergänzung der Ziffer 2 dahingehend vor, dass neben der Politik und den relevanten Tierschutzorganisationen auch die relevanten landwirtschaftlichen Verbände in Konzepterstellung einbezogen würden.

Herr Prof. Hofnagel erklärt, er übernehme beide Vorschläge in seinen Antragstext.

Er begründet sodann den Antrag seiner Fraktion auf Durchführung einer Sondersitzung des Ausschusses bis zum 10.09.2021. Man habe unter anderem nicht mit einer so schnellen und umfassenden Beantwortung der zahlreichen gestellten Fragen gerechnet. Er halte dennoch einen weiteren zeitnahen Austausch für zielführend, stelle dies aber gerne zur Diskussion.

Nach weiterem kurzem Austausch einigen sich die Anwesenden darauf, dass bis zur Sitzung des Kreistages am 05.10.2021 eine weitere Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz stattfinden solle. Die genaue Terminierung soll durch Frau Küpper nach Abstimmung mit Herrn Mülln erfolgen. (Hinweis der Schriftführung: Der Termin wurde inzwischen auf den 27.09.2021 festgelegt.)

Auf Vorschlag von Herrn Prof. Hofnagel und mit ausdrücklicher Zustimmung von Frau Plath einigen sich die Anwesenden darauf, dass die Behandlung der weiteren gestellten Anfragen (Drucksachen 168/21, 159/21 und 162/21) auf die nächste Sitzung des Ausschusses verschoben wird.

Frau Küpper stellt sodann den geänderten Beschlussvorschlag des Antrags der Fraktion GFL+WfU vom 06.08.2021, Drucksache 154/21, Buchstabe c, zur Abstimmung.

Beschluss

1. Dem Landrat wird empfohlen, die vollständige Aufarbeitung der Tierschutzskandale nicht hausintern, sondern durch externe, fachlich ausgewiesene Stellen durchführen zu lassen. Insbesondere möge aufgezeigt werden, welche organisatorischen und personellen Konsequenzen notwendig sind, damit solche Skandale in Zukunft möglichst ausgeschlossen werden.
2. Der Landrat wird gebeten, unter Einschaltung der Politik und externer Beratung und unter Mitwirkung relevanter Tierschutzorganisationen und landwirtschaftlicher Verbände ein neues Konzept zur Kontrolle und Durchführung sämtlicher veterinärmedizinischer Tierschutzmaßnahmen zu erarbeiten und dem Fachausschuss (zur Zustimmung) vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2.5.2 168/21 Anfragen der Fraktion GFL+WfU vom 19.08.2021

Erörterung

Der Punkt wurde einvernehmlich vertagt auf die Sondersitzung des Ausschusses am 27.09.2021, vgl. TOP 2.5.1.

Punkt 2.6 Verstoß gegen den Tierschutz in einer Viehsammelstelle in Werne; Anfragen der CDU-Fraktion

Punkt 2.6.1 159/21 Anfragen der CDU-Fraktion vom 17.08.2021

Erörterung

Der Punkt wurde einvernehmlich vertagt auf die Sondersitzung des Ausschusses am 27.09.2021, vgl. TOP 2.5.1.

Punkt 2.6.2 162/21 Anfragen der CDU-Fraktion vom 19.08.2021

Erörterung

Der Punkt wurde einvernehmlich vertagt auf die Sondersitzung des Ausschusses am 27.09.2021, vgl. TOP 2.5.1.

Punkt 2.7 Veterinärwesen und ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft aus Sicht der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen Berichterstatter: Vertreter der Kreisstelle Ruhr-Lippe

Erörterung

Herr Dr. Lopotz, Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer, bringt eingangs ebenfalls sein Entsetzen angesichts der Tierschutzverstöße zum Ausdruck.

Er berichtet sodann ausführlich über die Organisation und die Aufgaben der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und geht auf die ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft ein.

Im Kreis Unna seien 14 Betriebe der insgesamt 618 landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch ausgerichtet, das entspreche einem Anteil von 2,3%. Dies entspreche dem durchschnittlichen Anteil an ökologischen Betrieben in den meisten ackerbaulich geprägten Regionen. In Betrieben mit mehr Grünland, wie dem Märkischen Kreis, betrage der Anteil durchschnittlich rund 9%.

In Nordrhein-Westfalen betrage der Anteil der ökologisch ausgerichteten Betriebe 6,5%.

Im Bereich der Kontrolle der Schlachtbetriebe habe die Landwirtschaftskammer keine Funktion. Ihre Aufgabe bestehe vielmehrdarin, die Betriebe und ihre Beschäftigten zu fördern.

Aus Sicht der Landwirtschaftskammer sei eine schlagkräftige Veterinärbehörde vor Ort in jedem Falle zu unterstützen; daher könne er die diskutierte Personalaufstockung nur begrüßen. Es gehe dabei nicht nur um die Kontrollaufgaben, sondern auch um die sonstigen Aufgaben der Veterinärbehörde, wie beispielsweise die Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen

Herr Wortmann hebt die Qualität der Böden im Kreis Unna am Rande der Hellweg-Region hervor und erklärt, vor diesem Hintergrund schmerze der Flächenverbrauch besonders. Man müsse sich fragen, wie lange man sich das noch erlauben könne vor dem Hintergrund der von Herrn Büscher angesprochenen Versorgung der Bevölkerung.

Herr Prof. Hofnagel wünscht sich eine Fortsetzung der Diskussion. Er erinnert daran, dass der Kreis Unna vor 10 Jahren die „Bodenwochen“ ausgerufen habe mit dem Ziel, den Flächenfraß zu stoppen. Nach Lage der Dinge müsse man feststellen, dass dies gescheitert sei. Die kommunale Politik müsse hier gegensteuern.

Mit Blick auf den Fall Mecke müsse man vor dem Hintergrund der von Herrn Wortmann beschriebenen vorgesehenen ordnungsgemäßen Abläufe des Schlachttiertransports feststellen, dass es hier auch um ein Geschäftsmodell gehe. Es sei lukrativer, kranke Tiere der Verwertung zuzuführen als sie vom Tierarzt euthanasieren zu lassen. Er wirft die Frage auf, wie man diese Problematik durchbrechen könne.

Hierzu entwickelt sich ein kurzer Austausch über die Beurteilung der Transportfähigkeit eines Tieres und die Möglichkeit der Notschlachtung sowie über die mögliche Verwendung kranker Tiere als Lebensmittel oder als Futtermittel.

Herr Hasche erklärt, es handele sich um ein hochkomplexes Rechtsgebiet. Er selbst könne auch nicht alle Fallkonstellationen unterscheiden, da er kein Veterinär sei.

Frau Küpper erklärt, man werde sich mit dem Thema noch weiter beschäftigen.

Frau Wohlgemuth regt an, für die nächste Sitzung einen Veterinär mit hinzuzuziehen.

Frau Küpper bedankt sich für die Berichte und für die Diskussion.

Punkt 2.9 **Recherche-Ergebnisse der SOKO Tierschutz e.V. zu Vorgängen in einem Schlachtbetrieb in Selm und einer Viehsammelstelle in Werne;**
Berichterstatter: Vertreter der SOKO Tierschutz e.V.

Erörterung

Da Herr Mülln von der SOKO Tierschutz seine Teilnahme abgesagt hat, entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

Punkt 3 **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

Punkt 3.1 **Corona-Fallzahlenentwicklung**

Herr Hasche berichtet, dass die Corona-Fallzahlen im Kreis Unna stiegen, aber derzeit noch unter dem Landesdurchschnitt lägen. Die Situation in den Krankenhäusern sei noch entspannt. Trotz der in der Regel milderen Krankheitsverläufe werde, wie bei den vorangegangenen Wellen, die Arbeitsbelastung im Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz durch die notwendigen Kontaktverfolgungen ansteigen. Man werde daher erneut Personal aus anderen Bereichen zur Unterstützung dieser Arbeit im Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz einsetzen müssen. Zudem hoffe er, dass möglichst viele Verträge der befristet eingestellten Beschäftigten verlängert werden könnten.

Anlagen

1. Beantwortung der Anfragen der Fraktionen zu den Tierschutzverstößen in Selm und Werne
2. Bericht Landwirtschaftskammer
3. Bericht Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

gez. Marion Küpper
Vorsitzende